

Verordnungen aus dem Zuständigkeitsbereich der Finanzdirektion (Einführung der Bezeichnung Steuerrekursgericht; Rechtsmittelweg bei Sicher- stellungen)

(vom 28. August 2013)

Der Regierungsrat beschliesst:

- I. Folgende Verordnungen werden geändert:
- a. Verordnung über die Organisation des kantonalen Steueramtes vom 17. Dezember 2008 (LS 631.51),
 - b. Verordnung über die Durchführung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer vom 4. November 1998 (LS 634.1),
 - c. Verordnung über die Rückerstattung der Verrechnungssteuer vom 17. Dezember 1997 (LS 634.2),
 - d. Verordnung über die Durchführung der pauschalen Steueranrechnung vom 7. Dezember 1967 (LS 634.3),
 - e. Verordnung über die Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückhaltes auf Dividenden und Zinsen von amerikanischen Gesellschaften und Obligationenschuldnern vom 13. März 1952 (LS 634.41).

II. Die Verordnungsänderungen treten am 1. Januar 2014 in Kraft. Wird ein Rechtsmittel ergriffen, wird über die Inkraftsetzung erneut entschieden.

III. Gegen diese Verordnungsänderungen und Dispositiv II kann innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, beim Verwaltungsgericht des Kantons Zürich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und dessen Begründung enthalten.

IV. Veröffentlichung dieses Beschlusses, der Verordnungsänderungen und der Begründung im Amtsblatt.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Heiniger

Der Staatsschreiber:
Husi

Verordnung über die Organisation des kantonalen Steueramtes (Änderung vom 28. August 2013)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Verordnung über die Organisation des kantonalen Steueramtes vom 17. Dezember 2008 wird wie folgt geändert:

c. Dienst-
abteilung
Quellensteuer

§ 8. Die Dienstabteilung Quellensteuer erfüllt folgende Aufgaben:

lit. a–c unverändert.

d. Vertretung des Kantons in Rechtsmittelverfahren vor dem Steuerrekursgericht hinsichtlich der Quellensteuern,

lit. e unverändert.

Bereich
Produktion
a. Divisionen
Nord, Süd,
Stadt Zürich,
Bau, Dienst-
leistungen und
Konsum

§ 10. Die Divisionen Nord, Süd, Stadt Zürich, Bau, Dienstleistungen und Konsum erfüllen folgende Aufgaben:

lit. a und b unverändert.

c. Vertretung des Kantons in Rechtsmittelverfahren vor dem Steuerrekursgericht hinsichtlich der Staats- und Gemeindesteuern, der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer.

b. Division
Bücherrevision

§ 11. Die Division Bücherrevision erfüllt folgende Aufgaben:

lit. a–c unverändert.

d. Vertretung des Kantons in Rechtsmittelverfahren vor dem Steuerrekursgericht hinsichtlich der Staats- und Gemeindesteuern, der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer.

d. Dienst-
abteilung
Inventar-
kontrolle
und Erbschafts-
steuer

§ 13. Die Dienstabteilung Inventarkontrolle und Erbschaftsteuer erfüllt folgende Aufgaben:

lit. a–d unverändert.

e. Vertretung des Kantons in Rechtsmittelverfahren vor dem Steuerrekursgericht hinsichtlich der Staats- und Gemeindesteuern, der direkten Bundessteuer und der Verrechnungssteuer,

lit. f–k unverändert.

Verordnung über die Durchführung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer

(Änderung vom 28. August 2013)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Verordnung über die Durchführung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer vom 4. November 1998 wird wie folgt geändert:

§ 3. Der Vollzug des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer wird den folgenden Organen übertragen:

lit. a und b unverändert.

c. dem Steuerrekursgericht,

lit. d unverändert.

§ 4. Soweit Organisation und Verfahren nicht bundesrechtlich geregelt sind, sind die Bestimmungen des kantonalen Rechts über die Organisation des Steueramtes, der Gemeindesteuerämter, des Steuerrekursgerichts und des Verwaltungsgerichts sowie über das Verfahren vor diesen Behörden sinngemäss auf die Bundessteuerbehörden anwendbar.

§ 6. Der Dienstabteilung Bundessteuer kommen zu:

lit. a–c unverändert.

d. die Erhebung von Beschwerden gegen Veranlagungsverfügungen und Einspracheentscheide beim Steuerrekursgericht (Art. 141 Abs. 1 DBG),

lit. e–s unverändert.

§ 7. Den Divisionen und der Dienstabteilung Inventarkontrolle/ Erbschaftssteuer kommen zu:

lit. a–d unverändert.

e. die Vertretung des Staates im Beschwerdeverfahren vor dem Steuerrekursgericht.

Organe

Organisation
und Verfahren

Dienstabteilung
Bundessteuer

Divisionen und
Dienstabteilung
Inventar-
kontrolle/
Erbschaftssteuer

Dienstabteilung Recht	<p>§ 9. Der Dienstabteilung Recht kommen zu:</p> <p>lit. a unverändert.</p> <p>b. die Erhebung von Beschwerden gegen Beschwerdeentscheide des Steuerrekursgerichts beim Verwaltungsgericht (Art. 145 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 141 Abs. 1 DBG) und von Beschwerden beim Bundesgericht (Art. 146 DBG),</p> <p>lit. c unverändert.</p>
Steuerrekurs- gericht	<p>§ 13. ¹ Das Steuerrekursgericht ist erste Beschwerdeinstanz.</p> <p>² Ausgenommen sind Beschwerden gegen Entscheide über Nachsteuern und Bussen, Sicherstellung sowie Steuererlass.</p>
Verwaltungs- gericht	<p>§ 14. Abs. 1 unverändert.</p> <p>² Für Beschwerden gegen Entscheide über Nachsteuern und Bussen, Sicherstellung sowie Steuererlass ist allein das Verwaltungsgericht zuständig.</p>
Verfahren und Register	<p>§ 21. Abs. 1 und 2 unverändert.</p> <p>³ Erhebt der Einsprecher eine Sprungbeschwerde oder gelangt die Veranlagungsbehörde zur Überzeugung, eine solche sei zweckmässig, holt diese die erforderliche Zustimmung ein und übergibt die Sache an die Dienstabteilung Bundessteuer zur Weiterleitung an das Steuerrekursgericht (Art. 132 Abs. 2 DBG).</p>

Übergangsbestimmung zur Änderung vom 28. August 2013

Für Geschäfte betreffend Sicherstellung, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Revision vor dem Steuerrekursgericht hängig sind, bleibt das Steuerrekursgericht zuständig.

Verordnung über die Rückerstattung der Verrechnungssteuer (Änderung vom 28. August 2013)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Verordnung über die Rückerstattung der Verrechnungssteuer vom 17. Dezember 1997 wird wie folgt geändert:

§ 1. ¹ Der Vollzug des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer wird dem kantonalen Steueramt, den Gemeindesteuerämtern und dem Steuerrekursgericht übertragen. Organisation

Abs. 2 unverändert.

§ 4. Das Steuerrekursgericht ist die kantonale Rekurskommission für die Verrechnungssteuer. Steuerrekursgericht

§ 13. Für das Verfahren, einschliesslich eines an den Entscheid anschliessenden Einspracheverfahrens und des Verfahrens vor dem Steuerrekursgericht, sind die Bestimmungen des Steuergesetzes vom 8. Juni 1997 sinngemäss anwendbar. Verfahrensvorschriften

§ 15. Abs. 1 unverändert.

² Eine Beschwerde gegen den Einspracheentscheid ist innert 30 Tagen nach der Eröffnung des Entscheids beim Steuerrekursgericht einzureichen. b. Einsprache und Beschwerde

Verordnung über die Durchführung der pauschalen Steueranrechnung

(Änderung vom 28. August 2013)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Verordnung über die Durchführung der pauschalen Steueranrechnung vom 7. Dezember 1967 wird wie folgt geändert:

Rechtsmittel
und Rechts-
mittelinstanzen

§ 4. Abs. 1 unverändert.

² Über Einsprachen entscheidet das kantonale Steueramt, über Beschwerden das Steuerrekursgericht.

Verordnung über die Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehaltes auf Dividenden und Zinsen von amerikanischen Gesellschaften und Obligationenschuldnern

(Änderung vom 28. August 2013)

Der Regierungsrat beschliesst:

Die Verordnung über die Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehaltes auf Dividenden und Zinsen von amerikanischen Gesellschaften und Obligationenschuldnern vom 13. März 1952 wird wie folgt geändert:

Beschwerde

§ 8. Gegen den Einspracheentscheid des kantonalen Steueramtes kann der Antragsteller innert 30 Tagen nach Zustellung beim Steuerrekursgericht schriftlich Beschwerde erheben.

Begründung

Mit dem Gesetz über die Unterstellung der Steuerrekurskommissionen und der Baurekurskommissionen unter das Verwaltungsgericht vom 13. September 2010 (OS 65, 953; ABl 2010, 266) wurde die Bezeichnung der bisherigen Steuerrekurskommissionen geändert. Sie heissen neu Steuerrekursgericht. Diese Gesetzesänderung ist seit 1. Januar 2011 in Kraft. Bei der Anpassung der Verordnungen aus dem Zuständigkeitsbereich der Finanzdirektion 2010 im Rahmen der Reform des Verwaltungsverfahrenrechts (RRB Nr. 993/2010) konnte diese Änderung noch nicht berücksichtigt werden. Die Änderung der Bezeichnung der Steuerrekurskommissionen in Steuerrekursgericht soll nun nachvollzogen werden.

Die einzige materielle Änderung betrifft die Anpassung des Rechtsmittelwegs für die Sicherstellung bei der direkten Bundessteuer. Nach geltender Regelung in § 13 der Verordnung über die Durchführung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer vom 4. November 1998 (LS 634.1) sind die Steuerrekurskommissionen bzw. ist das Steuerrekursgericht erste Beschwerdeinstanz für die Sicherstellung bei der direkten Bundessteuer. Nach Art. 169 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 146 des Bundesgesetzes vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG; SR 642.11) kann der Entscheid der kantonalen Steuerrekurskommission bzw. des Steuerrekursgerichts durch Beschwerde beim Bundesgericht angefochten werden. Bei den Staats- und Gemeindesteuern ist hingegen nach § 181 Abs. 3 des Steuergesetzes vom 8. Juni 1997 (StG; LS 631.1) nicht das Steuerrekursgericht, sondern das Verwaltungsgericht kantonale Rechtsmittelinstanz für die Sicherstellung.

Das Verwaltungsgericht hat in einem Schreiben an die Finanzdirektion angeregt, den Rechtsmittelweg bei der Sicherstellung zu überprüfen, und angeboten, in einer entsprechenden Arbeitsgruppe mitzuwirken. Gemäss einem kürzlich ergangenen Entscheid des Bundesgerichts (Urteil 2C_793/2012 vom 20. November 2012) verstösst die geltende Regelung des Rechtsmittelwegs für die Sicherstellung bei der direkten Bundessteuer zwar nicht gegen Bundesrecht. Die unterschiedlichen kantonalen Rechtsmittelinstanzen – Steuerrekursgericht für die direkte Bundessteuer und Verwaltungsgericht bei den Staats- und Gemeindesteuern – können aber dazu führen, dass sich für die Sicherstellung eine unterschiedliche Rechtsprechung entwickelt. Weiter besteht die Gefahr widersprüchlicher Entscheide. Unterschiedliche Rechtsmittelwege für den identischen Steuersachverhalt können aber auch für die Steuerpflichtigen verwirlich sein und sind daher nicht kundenfreundlich. Die zur Prüfung einer Anpassung des Rechtsmittelwegs eingesetzte Arbeitsgruppe aus Vertretungen des Verwaltungs-

gerichts, des Steuerrekursgerichts und des kantonalen Steueramts kam aufgrund der genannten Gründe zum Schluss, dass sich aus Sicht der am Verfahren beteiligten Instanzen eine Angleichung des Rechtsmittelwegs bei der direkten Bundessteuer an den Rechtsmittelweg bei den Staats- und Gemeindesteuern als sinnvoll erweist.

§ 13 Abs. 2 und § 14 Abs. 2 der Verordnung über die Durchführung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer sollen daher dahingehend geändert werden, dass für die Sicherstellung bei der direkten Bundessteuer das Verwaltungsgericht anstelle der Steuerrekurskommissionen bzw. des Steuerrekursgerichts alleinige Beschwerdeinstanz auf kantonalen Ebene ist.